

★ TOP



Das Verhalten einiger Bieter in den Solar-Ausschreibungen wirft Fragen auf. (Foto: EWV)

BIETERVERHALTEN

Solarauktionen: Bieterverhalten unterläuft Wettbewerb

Berlin (energate) - Die vergleichsweise hohen Zuschlagswerte in der jüngst abgeschlossenen Solarausschreibung gehen offenbar auf strategisches Bieterverhalten zurück. Darauf macht nun die Unternehmensberatung Enervis aufmerksam: Es seien Gebote für Flächen abgegeben worden, "die schon einmal bezuschlagt wurden und entweder nicht rechtzeitig die Realisierung schafften oder einen höheren Zuschlag realisieren wollten", sagt Berater Benedikt Ziegert im Kurzinterview mit energate. Nach seinen Beobachtungen hat es in zahlreichen Fällen mehrere Zuschläge für die exakt gleichen Flächen gegeben, "was hohe Realisierungsquoten der Ausschreibungen konterkarieren könnte", warnt Ziegert nun.

Steigende Preise trotz intensiven Wettbewerbs

Die Solarauktion mit dem Stichtag 1. Dezember über 500 MW fiel trotz eines intensiven Bieterwettbewerbs durch teilweise ungewöhnlich hohe Preise bei zugleich breiter preislicher Streuung auf. Der durchschnittliche Zuschlagspreis stieg gegenüber der unmittelbar vorausgegangenen Auktionsrunde um 16 Prozent auf 5,68 Cent/kWh. Die Erfahrungen der bisherigen Ausschreibungen lehren eigentlich, dass intensiver Bieterwettbewerb zu sinkenden Zuschlagspreisen führt - wie es politisch auch gewünscht ist.

In der Solarbranche selbst sind die fragwürdigen Praktiken unter den Bietern durchaus bekannt. Auf Anfrage von energate

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Solarauktionen: Bieterverhalten unterläuft Wettbewerb 1

🏠 POLITIK

Kritik am Kohleausstieg hält an 2

CEER: Green Deal möglichst kostenwirksam umsetzen 3

Mindestabstände kein Knotenlöser für Windprobleme 4

Von Irrungen, Wirrungen und "Anhörungen" 4

🏢 UNTERNEHMEN

Uniper holt Vattenfall-Manager als neuen CCO 5

Stadtwerke Pinneberg: Querelen führen zu Wechsel an der Spitze 5

⚡ STROM

BGH definiert Kundenanlage 5

Solarbranche sorgt sich um Rentabilität von Post-EEG-Anlagen 6

Stromnebenkosten gefährden Wettbewerbsfähigkeit von Rechenzentren 7

🔥 GAS & WÄRME

Stadtwerke Rostock und 50 Hertz bauen PtH-Anlage 7

VW-Gaskraftwerk macht Fortschritte 8

Stadtwerke Karlsruhe nutzen mehr Abwärme 8

🌟 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

VW stellt mobile Schnellladesäulen in Wolfsburg auf 9

TMH steuert Ladevorgänge niederländischer E-Busse 9

Schleupen wird Gateway-Administrator für Steinhagen 9

📊 MARKTDATEN 10

🔍 ADD-ON INHALTE

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

bestätigt der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW), dass Gebote mehrerer Solarparks, die in vorherigen Ausschreibungen einen Zuschlag erhalten hatten, wieder zurückgenommen wurden, nachdem für dieselben Projekte bei einer späteren Auktion ein höherer Zuschlag erreicht worden war. Dieser Effekt erschwere "die sichere Umsetzung von PV-Ausbauzielen und verzögere ungewollt den Solarausbau", zeigt sich auch der BSW besorgt. Zugleich betont der Branchenverband, das Bieterverhalten sei "zulässig und unternehmerisch nachvollziehbar". Dennoch rechnet er damit, "dass der Gesetzgeber in diesem Fall gegensteuert".

Bundesnetzagentur "unternimmt, was gesetzlich möglich ist"

Tatsächlich verstoßen die Bieter mit ihrem Vorgehen nicht gegen Regularien der Ausschreibung, weswegen die Bundesnetzagentur als zuständige Behörde auch nicht dagegen vorgeht. Auf Anfrage von energate teilte sie lediglich mit: "Die Bundesnetzagentur hält die Verfahren sehr genau im Blick und unternimmt, was gesetzlich möglich ist, um missbräuchliches Verhalten zu verhindern." Da die Bieter mit ihrem Verhalten allerdings die eigentlichen Ziele der Ausschreibung - die Mengensteuerung und die Kostendegression - untergraben, hält Enervis-Berater Ziegert eine Anpassung der Ausschreibungsregeln für ratsam. Er schlägt eine eindeutige Kopplung des Zuschlags an eine konkrete Fläche vor: "Der Bieter würde dem Gebot eine Flurstückkarte beifügen, auf welcher die Flächen eingezeichnet sind, für die geboten wird", erläutert Ziegert. /rb
Von Rouben Bathke

POLITIK

ENERGIEWENDE

Kritik am Kohleausstieg hält an

Berlin (energate) - Insbesondere kommunale Kraftwerksbetreiber fordern weitere Nachbesserungen am Kohleausstiegsgesetz. Sie bemängeln unter anderem zu geringe Anreize für den Bau von neuen Gaskraftwerken. Schon seit Tagen regt sich bei den Betreibern kommunaler Steinkohleanlagen Unmut über die Einigung von Bund, Ländern und Betreibern von Braunkohleanlagen. Sie fühlen sich übergangen. "Das Gesetz bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück", erklärte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Michael Wübbels, am 24. Januar in Berlin. Drei Punkte stoßen ihm dabei im Besonderen auf. Die Ungleich-

behandlung von Braun- und Steinkohle in den Ausstiegsfahrplänen, fehlende Investitionsanreize für den Neubau von Ersatzkraftwerken und der aus seiner Sicht fehlende Pfad zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Unterschiedliche Pfade

Seit Mitte Januar der Ausstiegsfahrplan bekannt wurde, ist klar, dass zwischen den vereinbarten drei großen Wellen beim Braunkohleausstieg die Steinkohle Beiträge zur Reduktion der Kapazitäten leisten muss, spätestens ab 2027 sogar entschädigungsfrei. "Es entbehrt jeder energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Logik, dass die Steinkohle als Lückenbüßer für den verzögerten Braunkohleausstieg erhalten soll. Dies trifft vor allem auch kommunale Kraftwerksbetreiber", so Wübbels. Ohne Entschädigung bestehe die Gefahr, dass Geld bei Stadtwerken für den Umbau der Energieversorgung vor Ort fehle.

Wirtschaftsministerium verweist auf Umrüstungen

Nach Berechnungen der Branche wäre der Steinkohleausstieg beim vorgesehenen, steileren Pfad bereits bis 2033 abgeschlossen, bis zu fünf Jahre vor der Braunkohle. Die Betreiber verweisen auf die vorgesehene Regelung, wonach der jährliche Stilllegungspfad Braun- und Steinkohle gemeinsam betrachtet wird. Wie viel Steinkohle wann vom Netz gehen muss, lässt sich also absehen. Das Bundeswirtschaftsministerium wies dies am 24. Januar allerdings mit dem Hinweis zurück, dass die Endzahl 2033 für die Steinkohle so nicht im Gesetzentwurf stehe.

Das Ministerium verweist zudem darauf, dass viele Anlagen nicht stillgelegt, sondern über Anreize im KWK-Gesetz auf Gas umgestellt würden. "Da wir mit diesen Umstellungen auf Gas rechnen, aber die Zahl aktuell nicht vorhersehen und nicht beziffern können, bleibt es bei den genannten Zielpfaden 15 Gigawatt (GW) bis Ende 2022 und 8 GW bis Ende 2030."



Gaslieferungen
Gas-Handelsmarktzugang
Gas-Beschaffung
Energielogistik
Technische Dienstleistungen

Sie kümmern sich um Ihr Kerngeschäft.
Wir sind für Sie da.

Treffen Sie uns auf der E-World 2020.
Vereinbaren Sie hier einen Gesprächstermin.

BESUCHEN SIE UNS AUF DER E-WORLD 2020 IN ESSEN!
Vom 11. bis zum 13. Februar,
Halle 1, Stand 1-334.
Wir freuen uns auf Sie!

E-world
energy & water

bayerngas

Preis für Gasanlagen gestiegen

Die Unternehmen halten die vorgesehenen Anreize zum Umrüsten der Kraftwerke allerdings für zu gering. "Das reicht nicht, um den Brennstoffwechsel von Kohle auf Gas oder erneuerbare Energien bei der KWK anzureizen", betont VKU-Vize Wübbels. Ähnlich hatte sich auch Enercity-Vorstandschefin Susanna Zapreva im Interview mit energate geäußert. Der VKU fordert einen um das zweieinhalb Mal höheren Kohleersatzbonus. In Zahlen ausgedrückt würde dies 450 Euro statt 180 Euro pro installiertem kW bedeuten.

Unsicherheit bei KWK-Gesetz

In einem der Redaktion vorliegenden Papier aus dem Betreiberumfeld wird dabei auf die um bis zu 30 Prozent gestiegenen Preise für Gas-KWK-Anlagen verwiesen. Wenn nun zeitgleich viele Betreiber von Steinkohleanlagen auf Gas umrüsten drohten weitere Preissteigerungen. In der Branche wird zudem darüber geklagt, dass es die Bundesregierung bisher versäumt hat, mit der EU-Kommission eine Einigung zu erzielen, ob das KWK-Gesetz eine staatliche Beihilfe darstellt. Dies führe zu zusätzlicher Unsicherheit bei Investoren.

Zeitplan für Ausschreibungen nicht zu halten

Laut aktuellem Plan will die Bundesregierung in diesem Jahr bereits 4.000 MW Steinkohle über eine Ausschreibung stilllegen. Unter der Wahrung der im Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes vorgesehenen Fristen ist dies aber wohl gar nicht mehr möglich. Das legt das Branchenpapier ebenfalls nah. Demnach müsste nämlich bereits die Bekanntgabe der ersten Ausschreibung zum 1. Februar 2020 erfolgen. Das Problem: Die Bundesregierung will den Gesetzentwurf erst am 29. Januar beschließen, weitere Wochen werden vergehen, bis Bundestag und Bundesrat das Gesetz dann verabschieden können. /kw

Von Karsten Wiedemann

JAHRESKONFERENZ

CEER: Green Deal möglichst kostenwirksam umsetzen

Brüssel (energate) - Der Rat der europäischen Regulierungsbehörden (CEER) will in diesem Jahr nach kostengünstigen Lösungen für eine Dekarbonisierung des Strom- und Gassektors suchen. "Die Dekarbonisierung der beiden Sektoren muss zu den geringsten Kosten für die Verbraucher vonstattengehen und ohne dass Investoren ihre Beschlüsse bedauern", sagte CEER-Präsidentin Annegret Groebel von der Bundesnetzagentur auf der CEER-Jahreskonferenz in Brüssel.

"Wir arbeiten daran, Flexibilitätsdienste zu fördern und Erneuerbare voll auf den Märkten und in den Netzen aufzunehmen", so Groebel weiter. Das solle mithilfe einer dynamischen Regulierung geschehen, bei der die Netztarife die durch den Netzzugang verursachten Kosten widerspiegeln. Zurzeit übten sich einige Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber nur in Laborversuchen, das heißt "Sandkastenspielen" darin. Damit die beiden Sektoren konvergieren können, verlangte Clara Poletti, Vorsitzende des Regulierungsrats der Agentur der europäischen Regulierungsbehörden (Acer), eine im EU-Gesetz klar verankerte Definition von dekarbonisierten Gasen. Sie verwies dazu auf ein kürzlich gemeinsam mit dem CEER verfasstes Ergebnispapier mit neuen Regeln für den Gasmarkt nach 2025.

Wer entscheidet über neue Projekte?

Eine strittige Frage auf der Jahreskonferenz war, welche Investitionen in die Gasinfrastruktur bei der Kopplung beider Sektoren notwendig sind und wer darüber zu entscheiden hat. "Wir müssen gestrandete Kosten möglichst vermeiden", sagte CEER-Präsidentin Groebel im Gespräch mit energate. Angesichts der langen Refinanzierungszeiträume müsse man darüber nachdenken, ob neue Gas-

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norberrstraße 3-5
D-45131 Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther

Chefredakteur: Christian Seelos

Redaktion:

Philip Akoto, Rouben Bathke, Thorsten Czechanowsky, Stefanie Dierks, Nabila Lalee, Artjom Maksimenko, Hanna Marlena Sander, Alexander Stahl, Mareike Teuffer, Michaela Tix, Karsten Wiedemann, Daniel Zugehör, Dennis Fischer, Michel Sutter (Zürich)

Ständige redaktionelle Mitarbeit:

Dr. Heiko Lohmann (Berlin), Rainer Lütkehus (Brüssel)

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Redaktionsanschrift:

Norberrstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

projekte in 30 statt 50 Jahren abgeschrieben werden können. Im Rahmen der Förderung müsse die EU-Kommission die TEN-E-Verordnung mit dem Green Deal in Übereinstimmung bringen. Auf der aktuellen Liste sind 55 von 155 Vorhaben Gasinfrastrukturprojekte - zu viele für die Grünen im EU-Parlament. Eine Revision dieser Vorschrift mit neuen klimaneutralen Leitlinien hat die EU-Kommission Mitte 2020 vor. "Wir werden dann der EU-Kommission schon unseren Input geben", versicherte Groebel. Es sei aber unwahrscheinlich, dass die EU-Kommission den Regulierern hier mehr Befugnisse einräumen wird. "Die neue Acer-Verordnung ist gerade erst verabschiedet worden." Trotzdem tat der neue Acer-Direktor Christian Zinglersen seinen Unmut kund: "Wir haben Bedenken bei der derzeitigen Verfahrensweise", sagte er zu energate.

Entsog: Gemeinsame Infrastruktur-Planung kommt

Der europäische Verband der Übertragungsnetzbetreiber (Entso-E) und der Fernleitungsnetzbetreiber (Entsog) arbeiten derzeit nur gemeinsame Zukunftsszenarien aus, aber keinen gemeinsamen Netzentwicklungsplan. "Das wird kommen", zeigte sich Entsog-Präsident Stephan Kamphues gegenüber energate überzeugt. Eurelectric-Generalsekretär Kristian Ruby kritisierte die von den beiden Netzbetreiberverbänden erarbeiteten Zukunftsszenarien. Das "All-Electric"-Szenario sei zwar "out", aber dafür, dass die Stromindustrie bis 2050 ihren Output verdoppeln solle, werde auch künftig viel zu viel Gas in den Pipelines transportiert. Das sei zu viel für die 25 Prozent der Wirtschaft, die nicht elektrifiziert werden könnten. /r1

Von Rainer Lütkehus

IW-ANALYSE

Mindestabstände kein Knotenlöser für Windprobleme

Köln (energate) - Die Bundesregierung will einen Mindestabstand von 1.000 Metern von Windkraftanlagen zu Wohngebäuden einführen. Sie verspricht sich davon eine höhere Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung. Ein Plan, der ins Leere laufen dürfte, kritisieren Vertreter des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln). Sie haben aktuell eine Analyse vorgelegt, nach der es in der breiten Bevölkerung gar kein Akzeptanzproblem für Windkraft gibt. Die geplante Abstandsregelung sei daher kaum geeignet, die eigentlichen Probleme der Branche zu adressieren, so die Autoren Andreas Fischer und Roland Kube.

Eindeutig ist, dass die deutsche Windenergiebranche in einer handfesten Krise steckt. Die Zubauzahlen sind eingebrochen und die Ausschreibungen der Bundesnetzagentur regelmäßig unterdeckt. Laut der IW-Analyse, die unter anderem auf Daten der FA Wind und des Umweltbundesamts (UBA) beruht, sind allerdings nicht Akzeptanzprobleme, sondern fehlende Genehmigungen der Hauptgrund für die Misere. Inzwischen würden fast zwei Fünftel der genehmigten Anlagenleistung gerichtlich beklagt. Sieben von zehn Klagen richteten sich dabei gegen genehmigte, aber bisher nicht realisierte Projekte (709 MW).

Hauptklagegrund Artenschutz

Als Hauptklagegrund machen die IW-Analysten allerdings nicht Akzeptanzprobleme, sondern den Artenschutz aus, vor allem für Vögel und Fledermäuse. So würden drei von fünf Klagen von Naturschutzverbänden geführt. Lärmschutz, der in Bezug auf Abstandsregeln ein Thema ist, mache nur 17 Prozent der Klagen aus. Darüber hinaus könnten empirische Untersuchungen bislang keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Akzeptanz und Distanz zur Windanlage für Deutschland nachweisen.

Abseits der Klagen gibt es zudem eine große Befürwortung der Windkraft an Land in der Bevölkerung, so die IW-Analyse. Das belege die Umweltbewusstseinsstudie des UBA von 2018, nach der sich nur eine kleine Minderheit gestört fühlt, wenn sich Windräder in ihrer Umgebung drehen. Die öffentliche Wahrnehmung eines Akzeptanzproblems werde demnach von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung erwirkt. Folglich seien die geplanten pauschalen Mindestabstände als Problemlösung fraglich. Alternative Optionen, um den Investitionsstau aufzulösen, seien Gemeindebeteiligungen an den Windparks vor Ort, eine standardisiert frühzeitige Bürgereinbindung sowie eine stärkere Rechtssicherheit für genehmigte Anlagen. /as

Von Alexander Stahl

BERLINER WOCHEN (KW 4)

Von Irrungen, Wirrungen und "Anhörungen"

Berlin (energate) - Aus Niederaußem wird Weisweiler und aus einer Anhörung eine Farce. Wenige friedliche Gemüter dürfte es an diesem Mittwoch in der einen oder anderen Verbandsvertretung in Berlin gegeben haben. Wer gegen 19 Uhr noch einmal vor dem Feierabend sein E-Mail-Postfach überprüfte, fand darin den Gesetzentwurf zum Kohleausstieg mit schlappen 195 Seiten und der freundlichen Bitte des Bundeswirtschaftsministeriums, etwaige Kommentare bis zum Folgetag um 18 Uhr einzureichen. Macht exakt sieben Minuten pro Seite, ohne Nachtruhe selbstverständlich. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Auch in der Führungsetage von RWE dürfte die Verwunderung groß gewesen sein, als man sich dort über den Entwurf des Gesetzes beugte. Erstmals enthalten war darin auch die Liste, wann welcher Braunkohleleimer vom Netz gehen soll. Doch bei den verschiedenen Kraftwerksnamen gerieten die Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium offenbar etwa durcheinander. Denn laut der Liste sollte ein Block in Weisweiler als erste Braunkohleanlage noch im laufenden Jahr vorzeitig den Dienst quittieren.

Markante Architektur an der A 4

Dumm nur, dass beim Betreiber RWE niemand etwas davon wusste. Über Twitter teilte das Unternehmen kurzerhand mit, dass der Braunkohleblock in Niederaußem und nicht der in Weisweiler als erster vom Netz gehen werde. Das Wirtschaftsministerium ruderte

daraufhin zurück und verteilte wieder eine ältere Abschaltliste, in der für die ersten Stilllegungen die Kraftwerksnamen fehlen. Wie konnte dem Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium nur dieser Fehler unterlaufen? Vielleicht war es die fast poetische Beschreibung der Anlage auf der Internetseite von RWE: "Das Kraftwerk Weisweiler erhebt sich mit seiner markanten Architektur in Sichtweite der vielbefahrenen Autobahn A 4 vor den Toren Aachens."

Außer Spesen nichts gewesen?

Der kleine Namens-Roller war dabei nicht der einzige Winkelzug, denn die Debatte um den Kohleausstieg in der abgelaufenen Woche nahm. Sie begann vielmehr mit einer Kündigung, beziehungsweise dem Vorwurf, dass die Bundesregierung eine solche am Ausstiegskompromiss vollzogen habe. Öffentlichkeitswirksam vorgetragen wurde das Ganze von ehemaligen Mitgliedern der Kohlekommission. Diese fühlen sich hintergangen, nachdem sie auf Einladung der Bundesregierung monatelang über den Kohleausstieg beraten hatten, zuletzt sogar 23 Stunden am Stück. Und jetzt sollen die Empfehlungen über den Haufen geworfen werden, weil sie einigen Ministerpräsidenten nicht passten. Unter diesen Voraussetzungen dürfte es die Bundesregierung nicht so leicht haben, weitere Kommissionen zu besetzen. **/kw**

Von Karsten Wiedemann

UNTERNEHMEN

PERSONALIE

Uniper holt Vattenfall-Manager als neuen CCO

Düsseldorf (energategate) - Der Düsseldorfer Energiekonzern Uniper hat einen neuen Vorstand für Vertrieb und Handel gefunden.

Niek den Hollander kommt von Vattenfall und folgt ab Juli auf Keith Martin als neuer Chief Commercial Officer (CCO). Mit der Berufung von den Hollander sei die Umbesetzung des Vorstands abgeschlossen, teilte Uniper mit. Der 46-Jährige ist seit 2014 bei Vattenfall. Aktuell ist er als "Senior Vice President Business Area Markets" bei Vattenfall verantwortlich für den Bereich Märkte, was die Verantwortung für alle Großhandelsaktivitäten und der B2B-Kundenangebote einschließt. Zuvor war den Hollander lange Zeit in verschiedenen Führungspositionen bei Statkraft tätig. Seine Nachfolge bei Vattenfall ist noch nicht abschließend geregelt. "Die Stelle wird nachbesetzt", hieß es auf Anfrage.

Den Hollanders Vorgänger bei Uniper, Keith Martin, wollte das Unternehmen vor dem Hintergrund der angespannten Beziehung mit dem finnischen Mehrheitseigner Fortum ursprünglich bereits im November 2019 verlassen. Auf Wunsch der Uniper-Führung bleibt Martin bis April bei Uniper. Dafür dankte ihm das Unternehmen nun ausdrücklich. Martins aktueller Vertrag läuft eigentlich noch bis 2024. Wo Martin in Zukunft tätig sein wird, wurde nicht bekannt. **/pa**

Von Philip Akoto

PERSONALIE

Stadtwerke Pinneberg: Querelen führen zu Wechsel an der Spitze

Pinneberg (energategate) - Die Stadtwerke Pinneberg stehen offenbar vor einem Führungswechsel. Der Rat der schleswig-holsteinischen Kreisstadt entschied sich jetzt dafür, den Vertrag von Geschäftsführer Sven Hanson nicht über das Jahr 2021 hinaus zu verlängern, geht aus übereinstimmenden Medienberichten hervor. Dem Beschluss ging ein monatelanger Streit mit der Gewerkschaft Verdi voraus, die anlässlich der entscheidenden Ratssitzung sogar rund 200 Menschen zu einer Demo mobilisierte. Die Arbeitnehmervertreter begrüßten die Entscheidung in einer ersten Reaktion, wiesen zugleich darauf hin, dass eine offizielle Bestätigung noch ausstehe. Unter den rund 200 Demonstranten seien auch Mitarbeiter weiterer Kommunalunternehmen aus dem Umland gewesen, so Verdi.

Kritik am Führungsstil des Geschäftsführers

Der Streit der Gewerkschaft mit Hanson dreht sich um dessen aus Sicht der Gewerkschafter "rabiatischen Führungsstil". Dieser soll eine "Demotivationskampagne gegen die Beschäftigten" des Versorgers geführt haben und sich speziell gegenüber Gewerkschaftern im Unternehmen unfair verhalten haben. Hanson hatte die Vorwürfe der Gewerkschaft gegenüber Medienvertretern stets zurückgewiesen. Er ist seit 2016 alleiniger Geschäftsführer der Stadtwerke Pinneberg. Der 52-Jährige kam von den Stadtwerken Norderney in die Kreisstadt. Sein aktueller Vertrag läuft den Berichten zufolge noch bis Ende Juli 2021. **/pa**

Von Philip Akoto

STROM

MIETERSTROM

BGH definiert Kundenanlage

Karlsruhe (energategate) - Der Bundesgerichtshof (BGH) hat zwei richtungsweisende Urteile gefällt, in denen der strittige Begriff der Kundenanlage näher definiert wird. Das teilten die am Verfahren beteiligten Rechtsanwaltskanzleien nun mit. Die Definition einer Kundenanlage ist im Zusammenhang mit Mieterstromanlagen interessant. Denn bei Kundenanlagen müssen keine Netznutzungsentgelte bezahlt werden. Damit ist die Definition sowohl für Anbieter von Mieterstromanlagen als auch für Verteilnetzbetreiber von Relevanz. In den beiden im November gefällten Urteilen ging es unter anderem darum, wie groß eine Kundenanlage sein darf und ob sie von einer öffentlichen Straße durchschnitten werden kann. Mit den Urteilen bestätigte der BGH jeweils die Richtersprüche der Vorgängerinstanz, des Oberlandesgerichtes (OLG) Düsseldorf sowie die Auffassung der Bundesnetzagentur.

Das erste Urteil vom 12. November 2019 (EnVR 65/18) nennt maximale Größen für Kundenanlagen. Zudem stellt das oberste

Gericht klar, dass eine Kundenanlage sowohl für den Wettbewerb als auch für den Netzbetreiber unbedeutend sein muss. "Dafür dürfe die Anlage weder in technischer noch in wirtschaftlicher noch in versorgungstechnischer Hinsicht ein Ausmaß erreichen, das Einfluss auf den Versorgungswettbewerb und die durch die Regulierung bestimmte Lage des Netzbetreibers haben könne", erläuterte die am Verfahren beteiligte Anwaltskanzlei Beiten Burkhardt. Nicht mehr unbedeutend sei die Energieanlage, wenn sie nach Kundenanzahl, geografischer Ausdehnung, Strommenge und sonstigen Strukturmerkmalen eine bestimmte Größe überschreite. Dies sei der Fall, wenn mehrere Hundert Letztverbraucher angeschlossen sind, die Anlage eine Fläche von deutlich über 10.000 Quadratmetern versorge, die durchgeleitete Strommenge 1.000 MWh/a deutlich übersteigt und mehrere Gebäude angeschlossen sind.

Im vorliegenden Fall übersteigen die beiden Anlagen der Wohnungsbaugesellschaft Gewoba die Kennzahlen. Die Gewoba hatte an zwei verschiedenen Standorten in Bremen jeweils ein BHKW mit 140 kW Leistung errichtet. Ein BHKW versorgte insgesamt 457 Wohnungen in 22 Gebäuden (Jahresverbrauch ca. 1.005 MWh). Am anderen Standort handelt es sich um insgesamt 515 Wohnungen in 30 Gebäuden (Jahresverbrauch ca. 1.133 MWh). Die Gewoba meldete beim Netzbetreiber Wesernetz beide Standorte als je eine Kundenanlage an (energate berichtet). Wesernetz verweigerte jedoch die Einstufung als Kundenanlage und bekam nun auch in letzter Instanz Recht.

Straßen dürfen kreuzen

Strittig war bislang auch, inwieweit Straßen durch eine Kundenanlage führen dürfen. Hier fiel die Einschätzung des BGH zugunsten der Betreiber von Mieterstromanlagen noch großzügiger aus als die von Bundesnetzagentur und OLG Düsseldorf (EnVR 66/18, Beschluss vom 12. November). "Während alle Vorinstanzen großen Wert auf den Umstand legten, dass die Kundenanlage kreuzende Straße keine Durchfahrtsstraße darstellt, kam es dem BGH darauf gar nicht an", berichtete der Prozessbevollmächtigte der Antragstellerin im vorliegenden Verfahren, Dirk Legler von der Kanzlei Rechtsanwälte Günther. Vielmehr habe der BGH das Vorliegen der Kundenanlage unabhängig davon bejaht, ob es sich bei der Straße um einen kleine Erschließungsweg handelt oder nicht.

Für eine Kundenanlage ist ein räumlich zusammengehöriges Gebiet notwendig. Dieses ist nach Auffassung des BGH auch dann gegeben, wenn sich die Kundenanlage über mehrere Grundstücke erstreckt. Voraussetzungen sind aber, dass diese Grundstücke so gut wie ausschließlich über die Kundenanlage versorgt werden, die Grundstücke aneinander angrenzen und nicht verstreut liegen und auf diese Weise ein geschlossenes, von den äußeren Grundstücksgrenzen begrenztes Gebiet darstellen. Der BGH präzisierte weiter: "Dabei ist es unschädlich, wenn ein so abgegrenztes Gebiet Straßen, ähnliche öffentliche Räume oder vereinzelte, nicht ins Gewicht fallende andere Grundstücke einschließt, welche nicht durch die Kundenanlage versorgt werden." /sd

Von Stefanie Dierks

FOTOVOLTAIK

Solarbranche sorgt sich um Rentabilität von Post-EEG-Anlagen

Aachen/Berlin (energate) - Im kommenden Jahr fallen die ersten Fotovoltaik-Kleinanlagen aus der EEG-Förderung. Es mehren sich Stimmen aus der Branche, die sich um die Rentabilität dieser Kleinstkraftwerke fürchten. Der Solarenergie-Förderverein (SFV) fordert deshalb politische Reformen, die sicherstellen sollen, dass diese sogenannten Ü-20-Anlagen nicht massenhaft abgebaut werden. Dabei geht der Verein davon aus, dass zum Jahresstart 2021 für Solaranlagen mit 114 MW die Förderung ausläuft. "Bis zum Jahr 2025 sind über 1.000 MW Solarleistung betroffen", so der Verein. Den meisten Betreibern von Kleinanlagen unter 30 kW sei nicht zuzumuten, dann ausschließlich auf Direktvermarktung und Eigenverbrauch zu setzen. "Beide Lösungen gehen mit erheblichen Zusatzinvestitionen, erhöhten jährlichen Betriebskosten und damit zunehmenden Risiken einher", argumentiert die Interessenvertretung. Dabei verwies der SFV gegenüber energate darauf, dass Strom, der direkt vermarktet wird, viertelstündlich gemessen und bilanziert werden muss. Zusätzlich belastend sei, dass nach aktuellem EEG auf jede kWh Eigenverbrauch 40 Prozent der EEG-Umlage zu entrichten sind.

Umlagenbefreiung für Eigenverbrauch gefordert

In einer Online-Petition fordert der Verein vom Gesetzgeber deshalb mehrere Reformen. So sollten die Netzbetreiber weiter dazu verpflichtet werden, den Strom aus Solaranlagen unabhängig von deren Alter abzunehmen. Zudem gelte es, den regulatorischen Rahmen für den Weiterbetrieb der Ü-20-Anlagen "so einfach und kostengünstig wie möglich" zu gestalten. Eine Kernforderung der Petition ist zudem die Umsetzung der "EU-Richtlinie 2018/2001 zur Förderung Erneuerbarer Energien" bis spätestens Ende des laufenden Jahres. Damit nämlich wäre sichergestellt, dass die Betreiber der Post-EEG-Anlagen für ins Netz eingespeisten Strom "mindestens den Börsenstrompreis" ausgezahlt bekämen. Ferner werde die Umsetzung dafür sorgen, dass für Eigenverbrauch keine EEG-Umlage mehr zu entrichten sein werde.

Rückendeckung vom BSW-Solar

Zu den Unterstützern der Petition zählen bislang vor allem Marktakteure aus dem Umfeld von Bürgerenergiegenossenschaften sowie Umweltschützer. Stand Freitag, 24. Januar, zählte der SFV nach eigenen Angaben 2.065 Unterstützer der Petition. Zusätzlich dazu lagen zu diesem Zeitpunkt von Umweltvereinen und -verbänden 30 Unterschriften vor, etwa vom BUND. Rückendeckung erhält der SFV auch vom Branchenverband BSW-Solar "Um die Klimaschutzlücke zu schließen und eine Versorgungslücke zu vermeiden, müssen wir Solarenergie in allen Bereichen stärken", sagte BSW-Solar-Geschäftsführer Carsten Körnig zu energate. "Eine regulatorische und finanzielle Barrierefreiheit für solaren Eigenverbrauch sowie ein fairer Preis für eingespeisten Überschussstrom sind zentrale Voraussetzungen für den Weiterbetrieb von Ü20-PV-Anlagen.

Es wäre ökonomisch und ökologisch schlicht unverantwortlich, auf diesen günstigen und klimafreundlichen Strom zu verzichten." Deshalb sei die Bundesregierung gefordert, so Körnig weiter. Das Bundeswirtschaftsministerium äußerte sich gegenüber energate zunächst nicht zu den Forderungen aus der Solarbranche. /pa
Von Philip Akoto

BITKOM-ANALYSE

Stromnebenkosten gefährden Wettbewerbsfähigkeit von Rechenzentren

Berlin (energate) - Die deutschen Rechenzentren zahlen für ihren Strom am meisten im europäischen Vergleich. Grund dafür sind vor allem die Nebenkosten in Form von Steuern, Abgaben und Entgelten, deren Beträge die vergleichbaren Posten in den anderen europäischen Ländern um das Vielfache übersteigen. Zu diesem Ergebnis kommt die Preisanalyse des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom), die vor allem die Stromnebenkosten im Fokus hatte. Demnach bezahlten Betreiber von Rechenzentren 2019 in Deutschland 113,11 Euro/MWh an Nebenkosten. Bei den Grundpreisen liege der Strompreis in Europa hingegen nah beieinander.

Europäisches Ausland kommt billiger davon

Am günstigsten seien die Stromnebenkosten in den Niederlanden mit 17,08 Euro/MWh. Das entspreche gerade einmal 15 Prozent der Kosten in Deutschland. Knapp dahinter liege Schweden (17,70 Euro/MWh) gefolgt von Finnland (21,97 Euro/MWh). Auch in Frankreich (29,31 Euro) sind laut Bitkom-Analyse die Stromnebenkosten für Rechenzentren bei rund einem Viertel des deutschen Werts. Großbritannien (67,01 Euro/MWh) komme auf die Hälfte und Italien auf drei Viertel (82,89 Euro/MWh). "Die im europäischen Vergleich sehr hohen Stromkosten sind ein entscheidender Standortnachteil für deutsche Rechenzentren", resümierte Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. Steuern, Abgaben und Netzentgelte machen rund 70 Prozent der Stromkosten aus, die wiederum oftmals die Hälfte der gesamten Betriebskosten betragen würden. Die Rechenzentren würden einen großen Beitrag zur Finanzierung der Energiewende beitragen. Gleichzeitig steigerten sie ihre Effizienz von Jahr zu Jahr immer weiter. An den deutschen Standorten arbeiten nach Bitkom-Angaben 130.000 Beschäftigte, weitere 80.000 Jobs hängen indirekt von der Branche ab. Die auf funktionierende Rechenzentren angewiesene Internetwirtschaft erzielt allein in Deutschland einen Umsatz von mehr als 100 Mrd. Euro jährlich.

Nun müsse die Politik ihrerseits Anreize setzen. So sollte sich die Bepreisung am individuellen CO₂-Ausstoß der Stromerzeugung orientieren, forderte Rohleder. "Unser Vorschlag ist, die entsprechenden Leitlinien und Gesetze auf europäischer und nationaler Ebene zu überarbeiten und zu prüfen, inwieweit zumindest besonders klimafreundliche Rechenzentren bei Stromsteuer und weiteren Abgaben entlastet werden können." /am
Von Artjom Maksimenko

GAS & WÄRME

GRÜNE WÄRME

Stadtwerke Rostock und 50 Hertz bauen PtH-Anlage

Rostock (energate) - Der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz finanziert für die Stadtwerke Rostock eine Power-to-Heat-Anlage mit einer Leistung von 20 MW. Während der Stromnetzbetreiber die Investition von etwa 20 Mio. Euro übernimmt, sind die Stadtwerke für die Planung, den Bau und den Betrieb der Anlage zuständig. Diese neuartige Kooperation machte eine Änderung im EnWG (§13 Abs. 6a EnWG) möglich. Statt Windkraftanlagen im sogenannten Netzausbaugebiet abzuregeln, wird der Überschussstrom in der Power-to-Heat-Anlage in Wärme umgewandelt. Dazu können Stromnetzbetreiber vertragliche Kooperationen mit KWK-Anlagenbetreibern vereinbaren. Eine erste Anlage (30 MW) hat 50 Hertz bereits mit den Neubrandenburger Stadtwerken vereinbart. Nach Rostock sollen noch drei weitere solcher Kooperationen folgen, kündigte ein 50-Hertz-Sprecher auf energate-Nachfrage an.

Brennstoffkosten und Kompensationszahlungen sinken

Die Power-to-Heat-Anlage in Rostock soll voraussichtlich 1.200 Betriebsstunden pro Jahr laufen. Dadurch können die Stadtwerke Rostock den Betrieb ihrer GuD-Anlage reduzieren und dabei Kosten für Gas und CO₂-Zertifikate sparen. Die Partner kalkulieren mit einem Output von 24.000 GWh Wärmeenergie pro Jahr.

Die Kosteneinsparung beim Betrieb des Kraftwerks werde mit 50 Hertz abgerechnet, erläuterte der Unternehmenssprecher. Der Netzbetreiber spart seinerseits "mit dem permanenten Zugriff" bei den Kompensationszahlungen an Windkraftanlagenbetreiber. Denn wenn das Gaskraftwerk in Stunden hoher Windeinspeisung nicht läuft, muss 50 Hertz im Rahmen des Einspeisemanagements weniger für die Abregelung der Windräder zahlen. Die 14 Mio. Euro Investitionskosten für die Anlage in Rostock wälzt der Übertragungsnetzbetreiber über die Netzentgelte. "Nach fünf Jahren Laufzeit ergibt sich ein volkswirtschaftlich positiver Effekt", erläuterte der 50-Hertz-Sprecher. Zudem ergebe sich ein ökologischer Nutzen bei der Wärmeversorgung.

50 Hertz verhandelt für drei weitere PtH-Anlagen

Der Übertragungsnetzbetreiber hat bereits drei PtH-Anlagen in der Planung. Darunter befindet sich eine 5 MW-Anlage bei den Stadtwerken Stralsund in Kombination mit einem BHKW. Nach dem Invest von 14 Mio. Euro in Neubrandenburg und jetzt 20 Mio. Euro in Rostock "werden die folgenden Anlagen kleiner dimensioniert sein und daher weniger kosten", blickte der Unternehmenssprecher voraus. /mt
Von Michaela Tix

WEITERE INFORMATIONEN AUF:

www.energate-messenger.de

WOLFSBURG

VW-Gaskraftwerk macht Fortschritte

Hannover (energate) - Der konzerneigene Kohleausstieg des Autoherstellers Volkswagen macht Fortschritte. Der zuständige Fernleitungsnetzbetreiber Gasunie hat die Planfeststellung für die notwendige Erdgastransportleitung nach Wolfsburg gestartet. Dort plant VW die Umstellung der beiden Heizkraftwerke von Kohle auf Gas. Sie liefern neben Strom für die Autoherstellung, auch Wärme für die Stadt Wolfsburg mit ihren rund 125.000 Einwohnern.

Die 33 Kilometer lange Gasleitung von der Gasunie-Station in Walle bei Braunschweig zum Kraftwerksstandort in Wolfsburg liege voll im Zeitplan, erläuterte ein Unternehmenssprecher auf energate-Nachfrage. Die ersten Trassenuntersuchungen startete Gasunie bereits im Herbst 2018. Die knapp 50 Mio. Euro teure Leitung läuft parallel zu einer bestehenden Trasse und bringt eine zusätzliche Leistung von 920 MW. Der Bau selbst soll voraussichtlich im Frühjahr 2021 starten und im Oktober 2021 fertig werden.

VW erhält erste Kraftwerkskomponenten

Der Autobauer kommt ebenfalls voran. Vor zwei Wochen seien die großen Abhitzeessel in Wolfsburg eingetroffen, erläuterte ein Konzernsprecher. Man erwarte planmäßig mit der Gasumstellung 2021/2022 fertig zu werden. Dafür investiert VW nach eigenen Angaben 400 Mio. Euro. Am "Heizkraftwerk Nord/Süd" entsteht eine GuD-Anlage mit 136 MW elektrisch und 386 MW thermisch. Am "Heizkraftwerk West" errichtet VW zwei weitere GuD-Anlagen (288 MW elektrisch und 265 MW thermisch). Die Betriebsführung der Kraftwerke übernimmt die Konzerntochter VW Kraftwerk GmbH, aus der sich der Energiekonzern Uniper zurückgezogen hatte. /mt

Von Michaela Tix

KOOPERATION

Stadtwerke Karlsruhe nutzen mehr Abwärme

Karlsruhe (energate) - Die Stadtwerke Karlsruhe nutzen künftig die Prozessabwärme der örtlichen Papierfabrik Stora Enso Maxau für ihr Fernwärmenetz. Dazu installieren die Partner noch in diesem Jahr eine neue Dampfturbine in der Fabrik am Rhein. Über einen ebenfalls neuen Heizkondensator lassen sich dann pro Stunde rund 40 Tonnen Dampf im KWK-Betrieb nutzen. Dazu bauen die Stadtwerke eine zwei Meter lange Verbindungsleitung von der Papierfabrik bis zur bestehenden Transportleitung, die von der Miro-Raffinerie zum eigenen Heizkraftwerk West reicht. Die Stadtwerke Karlsruhe nutzen bereits seit Jahren industrielle Abwärme für ihr Fernwärmenetz. Gut 60 Prozent steuert bisher die Karlsruher Raffinerie Miro bei, die auch die Grundlast im Winter decken kann. Bei Verbrauchsspitzen springt bisher ein Kohleblock des Konzerns EnBW (RDK) ein.

Neue Fernwärmetrasse bis 2021

Als dritte Wärmequelle kommt jetzt noch die Papierfabrik hinzu, die einen Teil ihrer Abwärme mit der neuen Turbine nutzbar macht. Dies führt laut den Partnern zu einer Vermeidung von 10.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Der Primärenergiefaktor in Karlsruhe liegt nach Unternehmensangaben bei diesem Energiemix bei nur 0,26. Damit lassen sich die Anforderungen der EnEV und des baden-württembergischen Wärmegesetzes erfüllen. Aktuell sind in der Großstadt 40.000 Wohneinheiten und eine Vielzahl von Gewerbeunternehmen an das Fernwärmenetz angeschlossen. Zug um Zug schließen die Stadtwerke Karlsruhe neue Stadtteile an und werden erstmals die Stadtgrenze Richtung Süden überschreiten. Bis 2021 soll eine neue Fernwärmetrasse Teile der Nachbarstadt Rheinstetten erschließen. /mt

Von Michaela Tix

Kennen Sie schon...
...unsere **Energie-Jobs?**

ener|gate
messenger⁺
besser informiert.

Unter jobs.energate-messenger.de finden Sie eine große Auswahl an Stellenangeboten aus der Energiewirtschaft.

Hier finden Energie-Experten ihren neuen Job!

jobs.energate-messenger.de

 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

ELEKTROMOBILITÄT

VW stellt mobile Schnellladesäulen in Wolfsburg auf

Wolfsburg (energate) - Der VW-Konzern hat im Wolfsburger Stadtgebiet flexible Schnellladesäulen aufgestellt. Von insgesamt zwölf Anlagen sind neun zunächst an das Stromnetz angeschlossen. Die übrigen drei kommen flexibel bei Großveranstaltungen zum Einsatz, teilt Volkswagen mit. In den ersten 80 Wochen sei das Laden für E-Mobilisten kostenfrei. Dabei ist an den Stationen normales Laden (AC) ebenso möglich wie Schnellladen (DC) mit bis zu 100 kW. "Die von uns entwickelte, flexible Ladesäule ist wichtiger Baustein für ein funktionierendes Netz an Ladepunkten", sagte Thomas Schmall, Vorstandsvorsitzender von Volkswagen Group Components.

Die flexiblen Ladesäulen können wahlweise an das Niederspannungsnetz angeschlossen, aber auch unabhängig davon aufgestellt werden. Ohne Netzanschluss können so etwa bei Festivals oder am Fußballstadion vorübergehend geschaffen werden, der Ladestrom kommt dann aus integrierten Batteriepacks. Mit Anschluss an die Niederspannungsebene werden sie wiederum zum festen Ladepunkt, ohne den hohen Aufwand einer vergleichbaren fest installierten Schnellladesäule. Ein weiterer Vorteil sei, dass die verbauten Batteriepacks bei Bedarf das Stromnetz entlasten können, in dem sie als Pufferspeicher genutzt werden. Bei den Batterien selbst will VW alte Akkus aus E-Autos nutzen. Mit dem Pilotprojekt am eigenen Standort realisiert Volkswagen erstmals sein Konzept der "Powerbank" für Elektrofahrzeuge in Form mobiler Schnellladesäulen. Ende 2018 hatte der Konzern angekündigt, in diese Technik investieren zu wollen. /as

Von Alexander Stahl

ELEKTROMOBILITÄT

TMH steuert Ladevorgänge niederländischer E-Busse

München/Amsterdam (energate) - Der E-Mobilitäts-Dienstleister The Mobility House (TMH) hat einen neuen Kunden in den Niederlanden gewonnen. Das Busunternehmen Connexion lässt künftig die Ladevorgänge seiner Elektrobusse vom TMH-System "Charge-Pilot" steuern, teilt das Münchener Unternehmen mit. Connexion betreibt eine der größten Elektrobus-Flotten in Europa. Im Ladepark am Amsterdamer Flughafen Schiphol finden pro Tag mehr als 150 Ladevorgänge statt, so TMH. Dabei fließen im Durchschnitt täglich 10.000 kWh in die Akkus der Fahrzeuge. Durch den Einsatz des Lade- und Energiemanagements müssten vom 5-MW-Netzanschluss nur rund 20 Prozent beansprucht und bezahlt werden. Das spare Leistungsentgelte von mehreren hunderttausend Euro. Connexion ist eine Tochterfirma der Transdev, einem Mobilitätsanbieter mit Hauptsitz in Paris, der in 20 Ländern auf fünf Kontinenten aktiv ist. /as

Von Alexander Stahl

Wussten Sie schon,

...dass Sie mit Ihrem Abonnement auch unsere **Marktdatenbank** nutzen können?

Dort finden Sie täglich aktuelle Markt- & Wetterdaten zum Download!

Jetzt auf die **Marktdaten** zugreifen



ener|gate
messenger⁺

SMART-METER-ROLLOUT

Schleupen wird Gateway-Administrator für Steinhagen

Steinhagen (energate) - Beim bevorstehenden Smart-Meter-Rollout setzen die Gemeindewerke Steinhagen (GS) auf die Komplettlösung des IT-Dienstleisters Schleupen. Im zweiten Quartal soll die Lösung zur Smart-Meter-Gateway-Administration einsatzfähig sein. Grund für die Entscheidung sei der Wunsch für eine durchgängige Lösung gewesen, erklärte der Versorger aus Nordrhein-Westfalen. Das Unternehmen setzt bereits bei der Vertragsabrechnung auf Schleupen.

"Die Entscheidung für Schleupen war für uns eine logische Weiterentwicklung des bestehenden Systems", so Stefan Lütgemeier, Geschäftsführer der Gemeindewerke. Die Gemeindewerke hoffen auf das reibungslose Funktionieren der Schnittstellen. Wenn alles von einem Anbieter stamme, sei der Vorteil, dass keine Verantwortlichkeiten hin und her geschoben werden können. Die Lösung decke nicht nur den Bedarf großer Versorger ab, sondern lasse sich auch an den Bedarf und die Infrastruktur kleiner Versorger anpassen. /nl

Von Nabila Lalee

WEITERE INFORMATIONEN AUF:

www.energate-messenger.de

Marktdaten

Mehr ständig aktualisierte Marktdaten mit Chart- und Downloadfunktion finden Sie online!



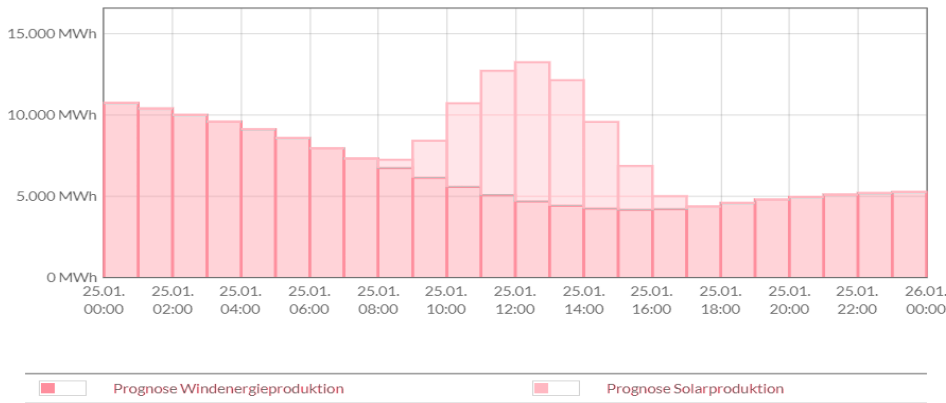
www.energate-messenger.de/markt

AKTUELLE KURSE AUF EINEN BLICK

Index	Kurs	+/-	+/- in %	Währung
EPEX SPOT DE-LU Baseload (01-24)	40,35	-9,89	-19,69%	€/MWh
EPEX SPOT DE-LU Peakload (09-20)	44,15	-14,71	-24,99%	€/MWh
OTC-Strompreisindex Base	41,75	9,02	27,55%	€/MWh
OTC-Strompreisindex Peak	42,08	6,49	18,24%	€/MWh
OTC-TTF Day-Ahead	11,60	-0,10	-0,85%	€/MWh
OTC-NGC Day-Ahead	12,00	-0,20	-1,64%	€/MWh
OTC-GPL Day-Ahead	10,91	0,13	1,16%	€/MWh
EU CO2 Allowances 2020	24,38	-0,32	-1,30%	€/Tonne
Global Coal Index	48,50	0,25	0,52%	\$/Tonne
Euro Referenzkurs	1,10	-0,01	-0,50%	€/€

Quelle OTC Daten: Spectron

ERNEUERBARE ERZEUGUNG AM 25.01. (PROGNOSE VOM 24.01., 11 UHR) [Mehr Erzeugungsdaten online](#)



PROGNOSE FÜR DEN 27.01. (vom 24.01., 11 Uhr)

WIND

Minimum: 18.8 GW +/- 2.2 GW,
Maximum: 26.1 GW +/- 3.6 GW

SOLAR

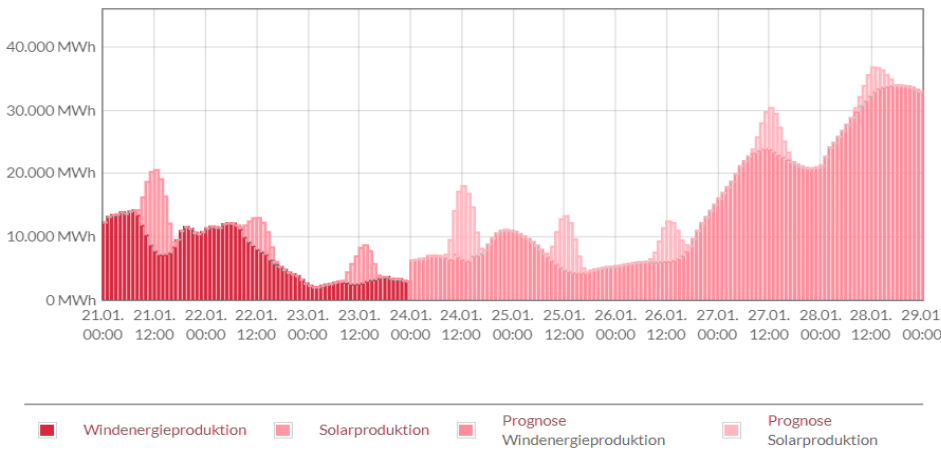
Maximum: 7.1 GW +/- 1.0 GW

Anmerkung: Angegeben wird die prognostizierte Einspeisung von Strom aus Wind- und Solarenergie. Die Werte befinden sich mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 Prozent in dem angegebenen Intervall. Laufend aktualisierte Werte erhalten Sie bei UBIMET.



ERNEUERBARE ERZEUGUNG IM WOCHENÜBERBLICK (PROGNOSE VOM 24.01., 11 UHR) [Mehr Erzeugungsdaten online](#)

Kombination der tatsächlichen Erzeugungsdaten laut EEX und der Prognose unseres Kooperationspartners UBIMET für heute und die nächsten vier Tage.



Tageswerte Wind- und Solarproduktion

Datum	Wind (MWh)	Fotovoltaik (MWh)
22. Jan.	194.405,75	25.589,50
23. Jan.	66.847,25	28.734,75
24. Jan.	183.011,35	55.561,10
25. Jan.	152.789,64	40.771,60
26. Jan.	185.883,20	30.882,90
27. Jan.	512.000,70	33.471,90
28. Jan.	728.697,10	20.619,90

Quellen: EEX-Transparenzplattform, UBIMET

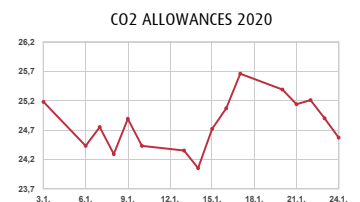
ÖL (\$/Barrel)



KOHLE (\$/Tonne)



CO2 (€/TONNE)



EPEX Spot [➤ Mehr Details online](#)

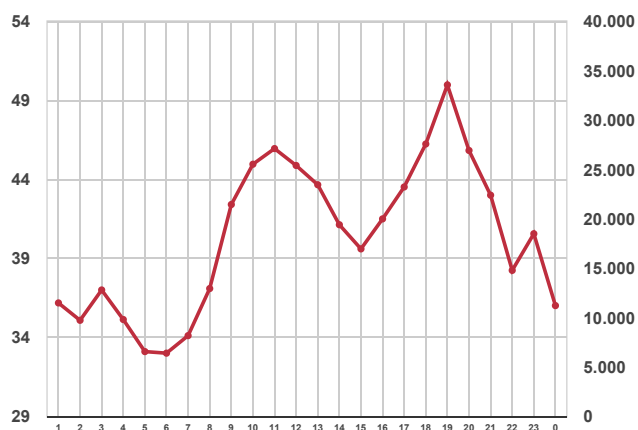
Stunde	Preis (Euro/MWh)	Stunde	Preis (Euro/MWh)
1	36,19	13	43,67
2	35,09	14	41,14
3	37,01	15	39,61
4	35,14	16	41,51
5	33,11	17	43,53
6	33,01	18	46,25
7	34,12	19	49,99
8	37,10	20	45,84
9	42,42	21	43,01
10	44,97	22	38,25
11	45,96	23	40,57
12	44,89	24	36,02

Strom Terminmärkte (Quelle: EEX)

Zeitraum	DE Base	DE Peak	CH Base	CH Peak
Feb 2020	35,53	43,50	42,00	46,50
Mär 2020	34,88	41,70	39,55	45,75
Apr 2020	34,46	38,15	36,18	-
Q2/2020	34,33	38,76	35,18	38,95
Q3/2020	37,02	42,63	37,38	42,05
Q4/2020	41,59	52,09	51,25	60,05
Jahr 2021	41,89	50,91	45,85	53,25
Jahr 2022	45,07	55,39	47,90	59,00
Jahr 2023	47,39	57,67	48,25	-

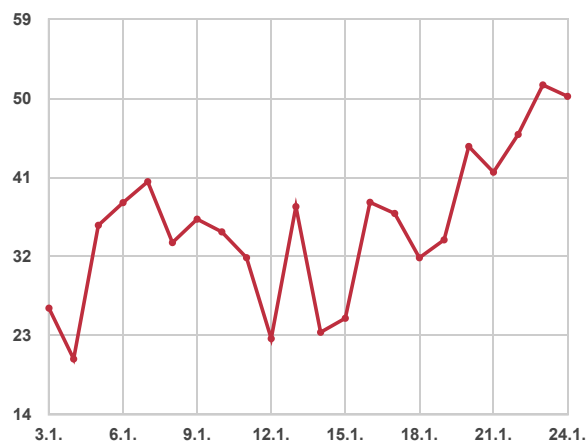
EPEX SPOT DE/LU STUNDENVERLAUF (Euro/MWh)

EPEX SPOT SPOTMARKT DE-LU



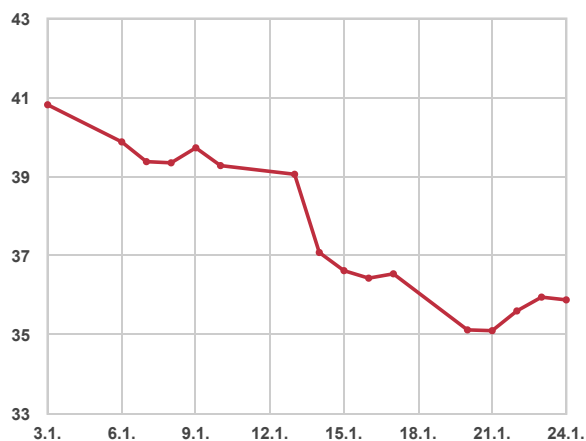
EPEX SPOT Day Base (Euro/MWh)

EPEX SPOT DAY BASE



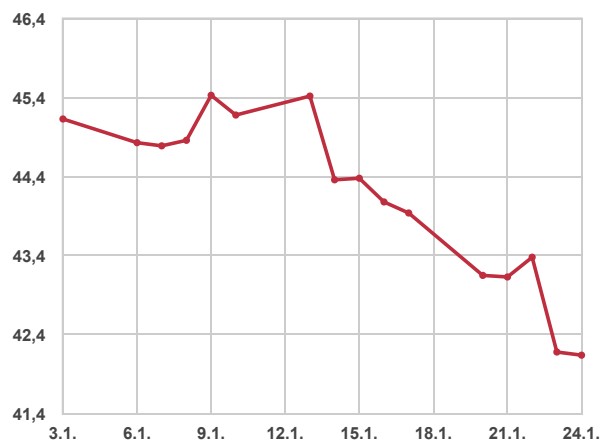
EEX TERMINMARKT DE/LU Frontmonat Base (Euro/MWh)

FEB 20 BASE (EEX)



EEX TERMINMARKT DE/LU Frontjahr Base (Euro/MWh)

JAHR 2021 BASE (EEX)



TERMINPREISE

[Mehr Gaspreise online](#)

OTC-Preise Gas (Quelle: METANOPLY)

Produkt	NCG	GPL	TTF	ZEE
Day Ahead	10,85	10,85	10,45	10,40
BOM	11,21	11,15	10,71	10,80
Feb 2020	10,90	10,90	10,40	10,20
Mär 2020	10,90	10,85	10,35	10,33
Apr 2020	10,85	10,80	10,35	9,45
Q2/2020	10,80	10,70	10,30	9,62
Q3/2020	10,95	11,00	10,55	10,33
Q4/2020	14,30	14,30	13,85	14,08
Jahr 2021	15,67	15,54	15,10	14,50
Jahr 2022	17,10	16,98	16,53	15,86
Jahr 2023	17,03	16,91	16,42	16,16

EEX | GAS-SPOTMARKT | LIEFERUNG

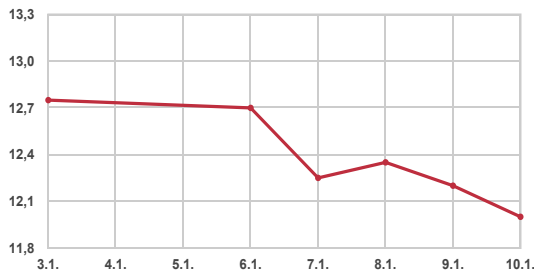
vom 23.0.2020	Preis (Euro/MWh)	Umsatz (MWh)
NCG Day-Ahead 1 MW	10,73	593.280
GPL Day-Ahead 1 MW	11,00	528.072
TTF Day-Ahead 1 MW	10,55	1.310.760

EGIX EUROPEAN GAS INDEX | 24.01.2020

	Tagesmittelwert	Monatsmittelwert
NCG	10,92	11,93
GPL	11,01	11,91
Deutschland	10,97	11,92

GASPREISE NCG in Euro/MWh

NCG DAY AHEAD

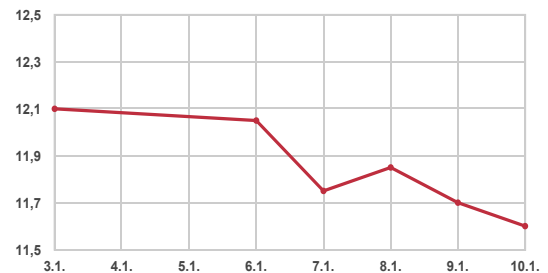


NCG JAHR 2021

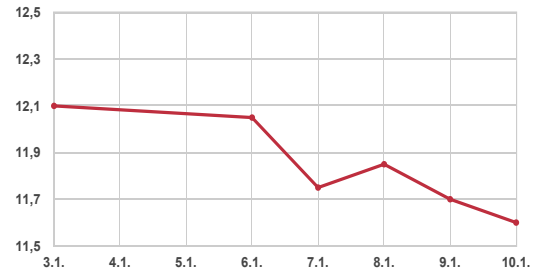


GASPREISE TTF in Euro/MWh

TTF DAY AHEAD



TTF JAHR 2020



Mehr ständig aktualisierte Marktdaten mit Chart- und Downloadfunktion finden Sie online!



STROM



GAS & ÖL

KOHLE & CO₂WETTER &
ERZEUGUNGPFCS &
PROGNOSENAUS-
SCHREIBUNGEN



Enervis-Berater Benedikt Ziegert hat das Bieterverhalten in den Solar-Ausschreibungen analysiert. (Foto: enervis energy advisors)

3 FRAGEN AN BENEDIKT ZIEGERT, ENERVIS

Ziegert: "Effektiver Zubau von Freiflächenanlagen ist gefährdet"

Berlin (energate) - Die Ergebnisse der jüngst abgeschlossenen Solar-Auktion zeigten ein ungewöhnliches Bild: Trotz einer dreifachen Überzeichnung stieg der durchschnittliche Zuschlagspreis an. Im Kurzinterview mit energate ordnet Benedikt Ziegert von der Unternehmensberatung Enervis diese Entwicklung ein.

energate: Herr Ziegert, in der jüngsten Solar-Ausschreibung sind die Zuschlagspreise angestiegen - trotz eines intensiven Wettbewerbs und einer hohen Bieterzahl. Wie erklärt sich dieser vermeintliche Widerspruch?

Benedikt Ziegert: In unsere Prognose für die Ausschreibung hatten wir mit dieser Situation gerechnet. Datengrundlage waren Kenntnisse der präqualifizierten Projektpipeline sowie Analysen des Bieterverhaltens und der Zuschläge aus vorherigen Runden. Die gemeinsame Ausschreibung im November hatte einen relativ geringen Überhang von nicht erfolgreichen Geboten im Verhältnis zur ausgeschriebenen Menge im Dezember. Dadurch wurde von einigen Bietern fälschlicherweise eine geringe Wettbewerbsintensität in der folgenden Ausschreibung erwartet, sodass teils recht hoch geboten wurde.

Zwei Faktoren haben dann aber doch zu zahlreichen Geboten geführt: Zum einen hatte sich in den letzten Monaten vor dem 2. Dezember eine Vielzahl neuer Projekte für die Ausschreibung präqualifiziert. Zum anderen wurden einige Gebote für Flächen abgegeben, die schon einmal bezuschlagt wurden und entweder nicht

rechtzeitig die Realisierung schafften oder einen höheren Zuschlag realisieren wollten. Bisher gab es schon in vielen Fällen mehrere Zuschläge für die exakt gleichen Flächen, was hohe Realisierungsquoten der Ausschreibungen konterkarieren könnte.

energate: Zugleich zeigt sich bei den Zuschlagspreisen eine ungewöhnlich breite Streuung. Welche Ursachen lassen sich hierfür erkennen?

Ziegert: Der wesentliche Grund für die sehr niedrigen Gebotswerte besteht im Subwettbewerb um das Kontingent für Projekte auf benachteiligtem Gebiet in Bayern. In der Novemberrunde und stärker noch in der Oktoberrunde sorgte dies für zahlreiche niedrige Zuschlagswerte. Bei der letzten Runde war das Kontingent zum Großteil aufgebraucht und die entsprechenden Zuschläge hatten durch das große Ausschreibungsvolumen nur noch einen geringen Einfluss auf das mittlere Zuschlagswertniveau.

Ein weiterer Faktor für die Streuung besteht im unterschiedlichen Verhalten der Bieter bei Aufschlägen auf den Gebotswert, der mindestens für die angestrebte Rendite benötigt wird. Bereits bezuschlagte Projekte, die für die gleiche Fläche erneut bieten und den älteren Zuschlag verfallen lassen, bieten tendenziell etwas höher, da die Sicherheit zu kompensieren ist. Die Realisierungsquote der Auktion vom Oktober 2017 lag bei nur 35 Prozent und gibt damit einen Vorgeschmack, dass diese Problematik den effektiven Zubau von Freiflächenanlagen gefährdet.

energate: Wie ließe sich regulatorisch gegensteuern?

Ziegert: Es müsste sichergestellt werden, dass bezuschlagte Projekte keinen Anreiz haben den Zuschlag verfallen zu lassen und erneut an einer Ausschreibung teilzunehmen, um einen höheren Zuschlag zu erhalten. Die massive Erhöhung der Sicherheiten beziehungsweise Pönalzahlungen könnte den Anreiz die beschriebenen Optimierungsgebote nehmen. Jedoch würde dies der Akteursvielfalt schaden und erscheint damit nicht als probates Mittel. Die beste Variante wäre meiner Ansicht nach ein klareres Koppeln des Zuschlags an die Fläche, auf welcher der Solarpark errichtet werden soll. Der Bieter würde dem Gebot eine Flurstückkarte beifügen, auf welcher die Flächen eingezeichnet sind, für die geboten wird. Diese Fläche dürfte dann nur innerhalb von 24 Monaten noch einmal bezuschlagt werden, wenn der Zuschlag mit Zahlung der Pönale von 3 Euro/MWh nachweisbar auf eine andere Fläche übertragen und realisiert wurde.

Die Fragen stellte Rouben Bathke, energate-Redaktion Essen.



Grotholt erwartet Neubauten bei mit Gülle betriebenen Biogasanlagen. (Foto: 2G Energy)

3 FRAGEN AN CHRISTIAN GROTHOLT, 2G ENERGY

Grotholt: "Erfahrungen bei Wasserstoff-BHKW absolut positiv"

Heek (energate) - Der Anlagenhersteller 2G Energy hat kürzlich gestiegene Auftragszahlen für gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) gemeldet. energate befragte den Vorstandsvorsitzenden Christian Grotholt zur Marktentwicklung bei Gas-, Biogas- sowie Wasserstoff-BHKW:

energate: Herr Grotholt, sehen Sie einen Trend für Gas-BHKW und welche Leistungsklassen sind besonders gefragt?

Christian Grotholt: Ja, wir erwarten zusätzliche Absatzmöglichkeiten durch den beschlossenen Kohleausstieg. Auch die Berichterstattung über eine etwaige "Stromlücke", die sich durch das Abschalten der Kohle- und Atomkraftwerke ergeben könnte, trägt dazu bei. Für uns sind BHKW-Anlagen ein wichtiger Bestandteil zukünftiger Energieversorgungskonzepte, da nach Bedarf elektrische und thermische Energie produziert wird auch dann, wenn kein Wind weht und die Sonne gerade nicht scheint. Als Brennstoff können sowohl fossile als auch regenerative Gase eingesetzt werden. Unterschiede der voraussichtlichen Quantität von BHKW-Modulen aus einzelnen Leistungsklassen zu benennen, fällt uns allerdings schwer. Unsere gesamte Produktpalette wird von unseren Endkunden und den 2G-Vertriebspartnern abgefragt. Sowohl in der Objekt- und Quartiersversorgung ist eine ansteigende Anzahl von Projekten zu registrieren, als auch beim Ersatz von kohlebetriebenen KWK-Anlagen, die oftmals an Nah- und Fernwärmenetze angeschlossen sind.

energate: Wie steht es um mit Biogas betriebene BHKW. Ist der Markt mit Blick auf das Ende der Flexibilitätsprämie todgeweiht?

Grotholt: Nein, wir sehen weiter einen BHKW-Markt im Biogassektor. Bei über 9.000 existierenden Biogasanlagen in Deutschland gibt es in puncto Modernisierung und Instandhaltung auch für BHKW-Anbieter und Servicedienstleister weiterhin Beschäftigung. Zudem existiert bereits eine Möglichkeit, für flexibilisierte Anlagen an Ausschreibungen teilzunehmen und so für weitere zehn Jahre eine EEG-Vergütung zu erhalten. Überdies wird von Bemühungen im Bundesumweltministerium gesprochen, bei welchen Güllehofanlagenkonzepte diskutiert werden. Wir können uns vorstellen, dass diese Biogasanlagen, die weitestgehend auf den Einsatz von NaWaRo-Substraten verzichten, zusätzlich neu gebaut werden. Das wäre ein Weg, um die natürlichen Methangasemissionen zu reduzieren, die von Tierhaltungen ausgehen.

energate: Im Sommer 2019 kündigte 2G Energy einen Piloten für ein wasserstoffbetriebenes BHKW im Auftrag von Siemens an. Gibt es erste Betriebserfahrung und wann sind erste Anlagen in Deutschland zu erwarten?

Grotholt: Die erste Anlage läuft bereits in Haßfurt und eine weitere Anlage ist beauftragt und wird voraussichtlich in Q2 nach Norddeutschland ausgeliefert. Die Betriebserfahrungen sind absolut positiv. Wasserstoff ist ein Kraftstoff, der sich sehr emissionsarm im Motor verbrennen lässt. Die Entwicklungstätigkeiten konzentrieren sich daher im Wesentlichen darauf, die spezifische Leistungsausbeute der Motoren zu steigern, um dadurch die Kosten noch weiter zu senken. Damit wird ein Niveau ähnlich dem eines herkömmlichen erdgasbetriebenen BHKW erreicht werden.

Die Fragen stellte Michaela Tix, energate-Redaktion, Essen.

GASSPEICHER EPE

Uniper Energy Storage erfolgreich mit L-Gas-Vermarktungen

Epe (energate) - Uniper Energy Storage hat eine erste Vermarktung von Kapazität für den L-Gas-Speicher Epe abgeschlossen. Die Konzerntochter verkaufte 1.975 GWh Arbeitsgaskapazität mit einer Laufzeit von zwei Jahren. 17 Gebote gingen ein, die Kapazität war mehrfach überzeichnet. Bereits am 30. Januar wird Uniper das gleiche Produkt ("Epe-L Technik") wieder anbieten. Nicht nur die Aufteilung in 100 Lose, sondern auch alle anderen Leistungsparameter bleiben unverändert. Der einzige Unterschied: Bei der neuen Vermarktung beträgt die Laufzeit ein statt zwei Jahre. **/hl**

Von Heiko Lohmann



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN



Holzreste sind die Basis für das neue Verfahren zur Wasserstoffproduktion. (Foto: Comptech)

INNOVATION

Neues Verfahren: Wasserstoff aus Holz

Wien (energate) - Pünktlich zur derzeit laufenden größten mitteleuropäischen Biomassekonferenz CEBC in Graz hat das steirische Forschungszentrum Best Research ein neuartiges Verfahren zur Produktion von Wasserstoff aus Holzabfällen vorgestellt. In einem neu entwickelten Membranreaktor lässt sich dabei Wasserstoff aus Holz und anderen organischen Abfällen herstellen - und zwar um ein Vielfaches effizienter als bisher. Bei ersten Tests hat sich gezeigt, dass der Energieverbrauch um 15 Prozent und die Emissionswerte um rund 40 Prozent geringer waren als bei herkömmlichen Verfahren. Perspektivisch könne mit dieser Methode bei der Produktion von Wasserstoff aus organischem Material der Energiebedarf um bis zu 80 Prozent und die Emissionen um bis zu 90 Prozent gesenkt werden, so die Projektbeteiligten.

Das Projekt trägt den Namen "Romeo", ein englisches Akronym für "Reaktoroptimierung durch membranbasierte Prozessführung". Neun Partner aus fünf europäischen Ländern haben vier Jahre lang an dieser Technologie geforscht. Unter der Leitung des deutschen Spezialchemiekonzerns Evonik waren auch der Industriegasekonzern Linde und die Universitäten Nürnberg-Erlangen, RWTH Aachen sowie Forschungsstellen aus Österreich, Belgien, Dänemark und Spanien beteiligt. Die EU steuerte im Rahmen des Forschungsprogramms "Horizon 2020" sechs Millionen Euro an Förderungen bei.

Umwandlung in einem Schritt

Das in Graz ansässige Institut Best Research übernahm in dem Konsortium die Aufgabe, die Technologie unter industriellen Bedingungen zu testen - und zwar mit Synthesegas aus Biomasse und Holzabfällen. Das sei vor wenigen Wochen in einer Anlage in Wien passiert, erklärte Projektleiter Jürgen Loipersböck. "Uns ging es

darum, die Abläufe in thermochemischen Verfahren zu verbessern, also die alternative Herstellung von Wasserstoff aus Holz, Klärschlamm oder anderen organischen Abfällen." Solche Verfahren werden für die Industrie zunehmend interessant, weil die heute übliche Gewinnung von Wasserstoff aus Erdgas sehr abgasintensiv ist. Bei alternativen Verfahren sind bisher zwei Schritte sowie Temperaturen von bis zu 500 Grad nötig. Danach muss das Gas noch aufwendig und mit hohem Energieeinsatz vom Katalysator getrennt und gereinigt werden.

"Der eigentliche Durchbruch unserer Technologie ist ein neuer Membranreaktor, der diese zwei Schritte in nur einem Schritt durchführen kann, und das bei einer Temperatur von nur 120 Grad", so Loipersböck. "Im neuen Verfahren wird Kohlenmonooxid und Wasserdampf in Kohlendioxid und Wasserstoff umgewandelt, während gleichzeitig das CO₂ abgetrennt wird. Das ist der zweite große Vorteil neben der niedrigeren Temperatur: Man bekommt gleich reinen Wasserstoff."

Evonik: "Eine kleine Revolution"

Beim Spezialchemiekonzern Evonik war nach den ersten Tests jedenfalls von einer "kleinen Revolution" die Rede. Die sei gelungen, weil in dem neuen Membranreaktor die Reaktion "auf einem Monolithen stattfindet, einer Art Zylinder, dessen innere Oberfläche mit dem Katalysator belegt ist", heißt es dazu bei Evonik. Das Besondere ist demnach, dass die Membran außen angebracht ist. Damit kann der Katalysator auf dem Monolithen verbleiben, während das Reaktionsprodukt durch die Membran abgetrennt wird.

Das Grazer Forschungszentrum Best Research will sich dagegen weiterhin auf die Herstellung von Wasserstoff aus organischen Abfällen konzentrieren und sucht gerade ebenfalls neue Konsortialpartner. "Wie weit der Weg bis zur Marktreife bei dieser

Kennen Sie schon...
...unsere **Energie-Jobs?**

Unter jobs.energate-messenger.de finden Sie eine große Auswahl an Stellenangeboten aus der Energiewirtschaft.

Hier finden Energie-Experten ihren neuen Job!

Technologie ist, ist schwer zu sagen", sagte Projektleiter Jürgen Loipersböck. "Wahrscheinlich muss man noch drei bis fünf Jahre weiter forschen. Aber wir glauben, dass es sich lohnt." /Peter Martens, freier Journalist - Wien

ELEKTRIFIZIERUNG

Toshiba entwickelt Hybridloks für Deutsche Bahn

Rostock (energate) - Die Deutsche Bahn elektrifiziert ihren Rangierverkehr teilweise. Dazu hat sie nach eigenen Angaben 50 Hybrid-Loks vom japanischen Technologiehersteller Toshiba bestellt. Weitere 50 Loks will die Güterbahn anmieten. Nach

einer erfolgreichen Machbarkeitsstudie werde Toshiba die Loks nun entwickeln. Die Vorbereitungen für die Montage im Rostocker Instandhaltungswerk der DB Cargo sollen 2021 starten.

Die 50 neuen Loks können mit Strom oder Diesel fahren. Sie werden 61 alte ersetzen und sind ein Baustein der DB-Strategie "Starke Schiene", die auf Wachstum im Schienengüterverkehr setzt. Vorteil der Toshiba-Modelle sei ihr geringer Ressourcenverbrauch, so Sigrid Nikutta, DB-Konzernvorstand für Güterverkehr und DB Cargo. Die Bahn spare so 30 Prozent Energie und 1 Million Liter Diesel im Jahr. Dazu kämen niedrigere Instandhaltungskosten eine höhere durchschnittliche Flottenverfügbarkeit. Die Batteriemodule ließen sich von Beginn an zusätzlich extern geladen werden, was den Anteil erneuerbarer Energien im Schienengüterverkehr weiter erhöht. /nl

Von Nabila Lalee

Wussten Sie schon,

...dass Sie mit Ihrem Abonnement auch die **energate-App** nutzen können?

Lesen und teilen Sie alle Nachrichten auch unterwegs!

Jetzt die **ener|gate-App** nutzen

ener|gate
messenger⁺

